

GP
48

Der Gewerksverein.

Zentralorgan

des

Verbandes der Deutschen Gewerksvereine (H.=V.)

1921.

Dreihundfünfzigster Jahrgang.

Berlin.

Druck und Verlag von Schoedel & Gallinet, Potsdamerstraße 110.

Der Gewerksverein.

Zentralorgan des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine (H.-D.)

Erscheint am
1. und 16. jeden Monats.

Redaktion und Expedition
Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.
Fernsprecher: Amt Alex. 4720.

Abonnementspreis
pro Vierteljahr M. 1.50.

Nr. 1.

Berlin, den 1. Januar 1921.

53. Jahrgang.

Inhalt.

Unser Weg im neuen Jahre. — Die Gewinnung der Jugend. — Ärzte und Krankenkassen. — Deutscher Werkmeister-Verband und Ufa. — Soziales. — Arbeiterbewegung. — Aus dem Verbands. — Literatur. — Amtlicher Teil.

Allen Verbandskollegen und -Kolleginnen rufen wir an der Schwelle des neuen Jahres ein herzliches

Glückauf!

zu. Möge das neue Jahr allen eine Milderung der schweren Nöte bringen, die uns bedrücken, und reiche Erfolge für unsere gemeinsame gute Sache!

Der geschäftsführende Ausschuss:

Gustav Hartmann. Rudolf Klein.
Leonor Lewin. Franz Neustedt.
Otto Potthoff.

Unser Weg im neuen Jahre.

Mit jedem Jahreswechsel werden neue Hoffnungen wach. Es liegt nun einmal in der Denkweise der Menschen, daß sie ungewollt zunächst immer an das glauben, was am entferntesten liegt. Die nackten Tatsachen, die klar vor jedermanns Augen bemerkbar sind, werden dabei am wenigsten beachtet, und der feste Wille zum Kampf nach aufwärts wird unterbrochen, wenn die Tragik der Verhältnisse allzuschwer auf denen lastet, die berufen sind, diesen Kampf zu führen. Länger als sechs Jahre befindet sich unser armes Volk in Erregung. Es weiß nicht, was aus ihm noch werden soll; es weiß nicht, was man von ihm noch alles verlangt, und ob es die Kraft besitzt, den Anforderungen auch nur annähernd gerecht werden zu können, die man ihm auferlegen wird. Es gibt noch keinen Frieden auf Erden, denn das, was in Versailles im Sommer 1919 als ein Frieden proklamiert wurde, das ist kein Frieden; das ist brutale Gewalt, deren unheilvolle Wirkung uns aus den Sorgen nicht herauskommen läßt, die unser ganzes Leben vergiftet, die Freude an der Arbeit vernichtet und statt der Versöhnung der Völker nur neuen Haß und neuen Groll ersehen läßt.

Nach ja, wir alle haben uns die Beendigung des Krieges anders gedacht, und wohl die wenigsten unter uns sind sich klar darüber, welche Verpflichtungen wir mit dem Friedensdiktat von Versailles übernommen haben. Das sind Verpflichtungen, die uns das Lebensmark entziehen und deren Erfüllung in allen Einzelheiten schon jetzt als eine reine Unmöglichkeit deutlich erkennbar ist. Wir sind kein freies Volk mehr, wir sind dem Willen, der Macht und der Gewalt fremdherrlicher Diktatoren überantwortet, die kein anderes Ziel vor sich sehen, als das deutsche Volk dauernd in Knechtschaft und Vormundschaft zu behalten. Sollen wir die nötige Kraft finden, um leben und arbeiten zu können, dann muß vorerst eine Aenderung des Friedensvertrages von Versailles erfolgen. Diese Forderung müssen wir laut und deutlich in die Welt hinausprechen. Gerade beim Jahreswechsel will uns kein Wunsch berechtigter und notwendiger erscheinen, als daß wir sagen: Möge das neue Jahr 1921 dem deutschen Volke die Befreiung von fremdem Druck, die Gleichberechtigung unter den Völkern der Erde, die Möglichkeiten zu einem menschenwürdigen Leben, Gemeininn im Innern und Verständnis für die Bedürfnisse der Zeit bringen! Das sei unser Neujahrswunsch, nicht nur für unsere Verbandskollegen und Verbandskolleginnen, sondern für unser ganzes Volk.

Aber von selbst kommt das alles nicht; es muß errungen werden, errungen durch rastlosen Fleiß auf allen Gebieten, auf politischem und wirtschaftlichem, durch Arbeit am Volk und in seinem Dienste. Kann irgend jemand heute noch zweifeln, ob seine Beteiligung an einer Organisation auch wirklich nötig sei und den erwarteten Nutzen bringe? Noch nie hat es eine Zeit gegeben, die so gebieterisch zum Zusammenschluß gerufen hat, wie die Zeit, in der wir leben! Deutlicher ist noch niemals zum Ausdruck gekommen, daß es ohne Organisation nicht geht, und noch niemals hat sich die Verpflichtung zur Mitarbeit in der Organisation so stark bemerkbar gemacht wie gerade jetzt. Wer wollte da noch zurückstehen und nur andere für sich schaffen lassen! Das ist kein rechter Gewerksvereiner, der nur andere arbeiten läßt, der nicht selbst mitbitt, den Dingen auf den Grund zu sehen, und der nicht in irgend einer Art mitwirkt, um aus Druck und Bedornung Freiheit und Selbstbewußtsein zu schaffen. Sei es nun innerhalb unserer Gewerksvereine oder außerhalb derselben, immer und immer wieder regt sich die Gewissensfrage: Warst du auch dabei

Inhalts-Verzeichnis des dreißigsten Jahrganges

Januar bis Dezember 1921.



Zeitartikel.

- Arbeitslosigkeit, Maßnahmen zur Behebung der. Nr. 7.
- Arbeitstarifgesetz, Das. Nr. 10.
- Bauhandwerkern, Der Mangel an. Nr. 19.
- Deutschen Werke, Die, in Gefahr. Nr. 22.
- Gewalt vor Recht. Nr. 6.
- Gewerkschaftsring, Der, zu den Pariser Beschlüssen. Nr. 4.
- Gewerkverein, Der, voran. Nr. 2.
- Gewerkvereine, Die Deutschen, im Jahre 1920. Nr. 15.
- III. internationalen Arbeitskonferenz, Der Kampf um die Durchführung der wöchentlichen Ruhezeit auf der. Nr. 23.
- Lohnabbau. Nr. 9.
- Mieterschutz und Mieteinigungsämter. Nr. 24.
- Mitarbeit!, Mehr. Nr. 13.
- Neuen Jahre, Unser Weg im. Nr. 1.
- Oberschlesien zerrissen! Nr. 21.
- Oberschlesien, Für unsere bedrängten. Nr. 14.
- Organisationsarbeit — Volksarbeit. Nr. 11.
- Ortsverbände, an die Arbeit! Nr. 18.
- Preisabbau und Landwirtschaft. Nr. 3.
- Breufenwahlen, Die. Nr. 5.
- Schlichtungsordnung, Eine neue. Nr. 8. s. 56
- Schraube, Die, ohne Ende. Nr. 16.
- Was nun? Nr. 12.
- Winterarbeit, Unsere. Nr. 20.
- Zerfetzungsercheinungen in der Arbeiterbewegung. Nr. 17.

Größere Artikel und Aufsätze.

(Nach Seitenzahl.)

- Achtstundentag, Betrachtungen über den. 154, 163.
- Achtstundentag, Kritik am. 165.
- Ärzte und Krankenkassen. 4.
- Amerikanischen Gewerkschaften, Die. 45, 53.
- Arbeiterbewegung, Ein Schandfleck der. 11.
- Arbeiterversicherung, Aus der Praxis der. 76.
- Arbeitskammerwahl im Bergbau. 109.
- Arbeitskonferenz, Die internationale, in Genf. 173.
- Arbeitslosenversicherung, Ein Geschenkwurf über. 156.
- Arbeitslosigkeit, Vorsorge gegen stärkere. 187.
- Arbeitslosigkeit, Zur Bekämpfung der. 103.
- Außenhandelskontrolle, Zur Frage der. 34.
- Betriebsrätegesetz, Ein Jahr. 147.
- Betriebsratsmitgliedern, Die Entsendung von, in den Aufsichtsrat. 98.
- Deutschen Werke, Das Schicksal der. 181.
- Einkommensteuer, Die, vom Arbeitslohn. 117.
- Fleischergesellenbundes, Hauptbundesstag des Deutschen. 148.
- Gebot, Ein, der Stunde. 85.
- Generalstreik, Ein. 44.
- Gewerkschaftlichen Organisationen, Die, der Welt. 166.
- Gewerkschaftsring, Der, auf dem Wege zur internationalen Verständigung. 171.
- Gewerkschaftsringes, Ausschussführung des. 172.
- Gewerkschaftsringes, Programm des, deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände. 10.

- Gewerkschaftsringes, Richtlinien für den Aufbau und die Tätigkeit der Gruppen des. 35.
- Gewerkvereins der Deutschen Frauen und Mädchen (S.-D.), Die 7. Generalversammlung. 51.
- Gewerkvereins der Fabrik- und Handarbeiter, 14. ordentliche Generalversammlung des. 32.
- Hauptvorstände, Konferenz der, der Deutschen Gewerkvereine. 123.
- Herren- und Knabenkonfektion, Kampf in der. 26.
- Invalidenrentner, Notstandsmaßnahmen für. 167.
- Jugendbewegung, Zur Förderung unserer. 36.
- Jugend, Die Gewinnung der. 3.
- Kartoffelnot. 162.
- Koalitionszwang!, Gegen den. 75.
- Lehrlings- und Tarifverträge. 58.
- Lehrlingswesens, Zur reichsgesetzlichen Regelung des. 66.
- Mietsteuer und Reichsmietengesetz. 42.
- Not, Die, der Zeit. 179.
- Oberschlesien, Für ein deutsches. 28.
- Oberschlesiens, Gegen die Bergverwüstung. 170.
- Oberschlesiens, Gegen die Zerstörung. 158.
- Parteilosifizierung, Zur, der deutschen Beamtenbewegung. 122.
- Polen, Von unsern Gewerkvereinen in. 130.
- Preiswucher, Gegen den. 149.
- Raterteilung, Die, und Vertretung im Verbands der Deutschen Gewerkvereine im Jahre 1920. 67.
- Reichsarbeitsrecht, Das geltende, und die Vorarbeiten für die Neuregelung des Arbeitsrechts. 131.
- Schlichtungsverfahren, Richtlinien für das. 18. s. 6
- Sozialisierungsvorschlag, Auch ein. 12.
- Steuergerechtigkeit und Ueberlichkeiten. 92.
- Tariffbewegung, Die, nach dem Kriege. 90.
- Trinkgeld!, Fort mit dem. 126.
- Unfallversicherungsgesetzes, Abänderung des. 51, 60.
- Waffenindustrie, Die Bedrohung der deutschen. 188.
- Warenversorgungsstelle deutscher Gewerkschaften. 61.
- Werkmeisterverband, Deutscher, und Afa. 5.
- Wiederaufbau, Ein Stück. 26.
- Wohnungsbaus, Eine Steuer zur Förderung des. 124.
- Wohnungselend in Stadt und Land. 101, 108.
- Zersplitterungsarbeit, Gegen die kommunistische. 21.

Soziales, Arbeiterbewegung, Aus dem Auslande, Aus dem Verbands, Amtlicher Teil
(enthaltend Ereignisse auf sozialem und gewerkschaftlichem Gebiete sowie Vorgänge aus der Gewerkschaftsbewegung)
Nr. 1—24.

Literatur.

(Nach Seitenzahl.)

- 8, 16, 23, 32, 40, 80, 88, 104, 136, 144, 159, 176, 192.

Briefkasten.

(Nach Seitenzahl.)

- 104, 159, 176.

als es sich darum handelte, wahre Freiheit zu erkämpfen, für dich und deine Familie, für deine heranwachsenden Kinder, für die kommende Generation neue Lebensmöglichkeiten zu schaffen? Wohl dem unter uns, der diese Frage mit einem aufrechten und freudigen Ja beantworten kann!

Haben denn nicht gerade wir Gewerksvereiner alle Ursache, die Zeit zu nützen und sie in unserem Sinne und nach unseren Grundätzen mitzugeschaffen zu helfen? Ist es nicht jetzt an der Zeit, gerade jetzt, den Gewerksvereinsgedanken in uns selbst zu vertiefen und in die Massen unserer Freunde und Mitarbeiter hineinzutragen, mehr denn sonst? Was hat uns denn das verfloßene Jahr gezeigt? Einmal die heut ganz offenkundige Tatsache, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich auf dem Boden gleichen Rechtes miteinander verständigen müssen über alle die Fragen, die nicht nur das Arbeitsverhältnis an sich berühren, sondern auch über die großartigen Fragen unserer ganzen Wirtschaft überhaupt. Das ist es ja, was wir jahrelang in der Lanza forderten; das ist der Weg, der allein die Möglichkeit andeutet, wieder zur inneren Ruhe, zur Sammlung und zur Arbeit zu gelangen, deren Ertrag nicht nur Einzelnen zugute kommen darf, die nun gerade durch den Zufall der Geburt oder durch andere Glücksumstände besonderer Art im Vordergrund stehen, sondern einer Arbeit, die jedem, der Müßliches leistet, auch Lebensmöglichkeiten bietet, die erst der Arbeit ihren Wert verleihen und die Menschen auch wirklich Menschen sein lassen. Manche Kampf haben wir wegen dieser Idee bestehen müssen. Wieviele Schwähungen sind uns deswegen an den Kopf geworfen worden in all den hinter uns liegenden langen Jahren! Aber wir haben festgehalten an unserer Ueberzeugung, und die Entwicklung hat uns recht gegeben. Jeder neue Tarifvertrag, deren es heute ja so unendlich viele gibt, ist eine Anerkennung unserer Gewerksvereinsgrundsätze. Die Arbeitsgemeinschaften der verschiedenen Art sind die Stellen, an denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam beraten was zu tun notwendig ist, um unser Volk am Leben erhalten zu können. Es sind unsere Ideen, die sich hier Geltung verschafft haben. Auch im Reichswirtschaftsrat, dem neuen Parlament der Arbeit, sind Arbeiter vertreten, darunter auch tatsächliche Gewerksvereiner, die den großen Problemen der Wirtschaft nachspüren und sie zu lösen versuchen. Überall regtet fleißig angegriffenste Arbeit und emsiges Forschen nach der Wahrheit und nach dem rechten Weg. Da muß es gelingen, unser Volk aus dem Strudel des Wahns, in dem es zum Teil heute noch befangen ist, wieder emporzuheben zum Gemeinsein und zur gemeinsamen Wahrung seiner Interessen. Dazu gehört freilich Ueberzeugungstreue, Mannesmut und Zusammenfassung aller der Kräfte, die mit uns den gleichen Weg gehen wollen.

Das verfloßene Jahr hat uns aber auch weiter gezeigt, daß wir als Gewerksvereiner mit unseren Anschauungen nicht allein stehen auf weiter Flur, sondern daß noch viele Tausende von Arbeitnehmern vorhanden sind, die die gleiche Gesinnung hegen wie wir, die wir suchen müssen und die es zu sammeln gilt. Nicht nur, daß es uns möglich war, unsere Mitgliederzahl innerhalb der Verbandsgemeinschaft zu vermehren und neue Organisationen unserer Gewerksvereinsfrage zu

zuföhren, auch die Gründung des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände, an der unsere berufenen Führer hervorragend beteiligt waren, legt Zeugnis dafür ab, daß die von uns jahrzehntelang verteidigten Grundsätze auch in weiteren Kreisen anerkannt werden. Dieser neue Zusammenschluß gleichgesinnter Arbeitnehmer muß auch den Verbandskollegen, die in der Werkstatt den Druck und den Terrorismus alt- und neurommunistischer, bolschewistischer oder spartalistischer Gewaltmenschen ausgesetzt sind, neue Kraft geben, sich zu behaupten und ihrer Ueberzeugung treu zu bleiben. Es ist eine bittere Schwach, wenn in dem neuen demokratisch-republikanischen Deutschland Arbeiter von ihren eigenen Klassengeossen verzwängt werden. Das ist viel schlimmer und viel verächtlicher als die Bedrückung, die der Arbeiterschaft sonst von herrschsüchtigen Unternehmern auferlegt worden ist. Sind wir nach außen hin schon geknechtet genug, dann wollen wir wenigstens nach innen frei sein. Diesen Kampf für die persönliche Freiheit werden wir mit aller Entschlossenheit führen, und wir sind des Sieges sicher, wenn in unseren Reihen Geschlossenheit erhalten bleibt.

Ein erfreuliches Zeichen dieser inneren Geschlossenheit boten die Verhandlungen des Delegiertentages unserer Metallarbeiter, die vom 7. bis 12. November in Berlin stattfanden. Hier gab es keine grundsätzlichen Differenzen, hier war man völlig einig im Vertrauen auf die Führer und im Bekenntnis zu den Gewerksvereinsgrundsätzen. Und wenn das in dem größten unserer Gewerksvereine so ist, dann muß es im ganzen Verband so sein, und es ist so! Wir haben im verfloßenen Jahr einmütig zusammen gearbeitet; wir wollen das auch im neuen Jahr und in der kommenden Zeit so halten. Die Gewerksvereine sind eine Lebensnotwendigkeit für die Arbeiter, ganz gleich ob wir eine privatwirtschaftliche, eine freie oder gebundene oder gar eine sozialistische Wirtschaftsordnung haben. In jeder dieser Form bedürfen die Arbeiter geschlossener Organisationen, ohne die ihnen nicht das zuteil wird, was sie brauchen. Da gilt es aber auch Opfer bringen an Geld und Zeit. Ohne beides müßte die Organisation verkrüppeln und zu einem Scheinbausein herabsinken. Die von den einzelnen Gewerksvereinen beschlossenen oder angeforderten Beitragserhöhungen sind unumgänglich notwendig. Sie müssen geleistet werden, weil sich die Aufgaben, die wir zu erfüllen haben, von Tag zu Tag vermehren, sich umfangreicher und inhaltreicher gestalten. Unsere Verbandskollegen müssen aber auch ihre Freizeit mehr als bisher in den Dienst unserer Sache stellen und diese Freizeit nützen zur Stärkung und zum Ausbau unserer Organisation.

Die Grundsätze unserer Deutschen Gewerksvereine, vielfach verkannt, bekämpft, ja sogar bespöttelt, haben sich als Richtlinien erwiesen, die gewollt oder ungewollt, den Weg gezeigt haben, der aufwärts und vorwärts führt. Zum neuen Marsch im neuen Jahr müssen wir nun antreten, jeder an seinen Platz und jeder nach seiner Eigenart. Und wäre es auch ein Marsch durch die Wüste, um mit dem ehemaligen Reichslangler Müller zu reden, so wird er uns erleichtert durch die feste Ueberzeugung, daß dieser Marsch nicht vergeblich und nicht müßlos sein kann. Gilt es doch, unserer am weitesten Volk, uns und unsern Kindern die Bahn zu besserer Tagen zu ebnen, die Tore zu wahrer Freiheit und Gleichberechtigung zu öffnen. Das ist unsere

Parole für das neue Jahr. Daß unsere Verbandskollegen und Kolleginnen dieser Parole folgen werden, das sind wir gewiß. Und wenn die gemeinsame Not uns enger zusammenschweißt, so wächst damit unsere Kraft und Stärke, die wir nicht in Kleinigkeiten verzetteln dürfen, sondern zu fruchtbringender Arbeit verwenden müssen. Zur neuen Arbeit ruft das neue Jahr, möge es jeden Einzelnen unter uns genügend gerüstet finden!

Gust. Hartmann.

Die Gewinnung der Jugend.

Jede Bewegung, die nicht einschlafen, sondern sich die Zukunft sichern will, muß darauf bedacht sein, aus dem heranwachsenden Geschlecht möglichst viele Anhänger zu gewinnen. Daher der heiße Kampf, der allenthalben um die Jugend entbrannt ist. Leider ist in diesem Kampfe nicht allein die Güte und die Kraft der Ideen, von denen eine Bewegung getragen wird, für den Erfolg ausschlaggebend. Mehr denn je herrscht heute die Phrase, und je radikaler sich ein Phrasenheld aufspielt, umso leichter fängt er die Masse ein. Und wenn das schon für die Erwachsenen gilt, um wieviel mehr muß es für junge Leute zutreffen, denen noch die Erfahrung des Lebens und der tiefere Einblick in die Zusammenhänge der politischen und wirtschaftlichen Dinge fehlt! Kein Wunder daher, daß die Strömungen, die der Jugend das Blaue vom Himmel herunter versprechen, den stärksten Zulauf haben, während die Organisationen, die ruhig aber zielbewußt ihren Weg gehen, nicht die starke Anziehungskraft auf die Jugendlichen ausüben. Desto größer ist die Verpflichtung aller derjenigen, die sich der Notwendigkeit eines kräftigen Nachwuchses für die Organisation bewußt sind, alle Hebel in Bewegung zu setzen, auch für uns die Jugend zu gewinnen und rechtzeitig mit den Gewerkevereinsideen vertraut zu machen.

Diesem Zwecke dient der Jugendbund der Deutschen Gewerkevereine, gegliedert in Jugendabteilungen an den einzelnen Orten und geleitet vom Jugendbund-Ausschuß in Berlin. Geredet und geschrieben darüber ist genug! Daß aber die Erfolge dem geleisteten Aufwand entsprechen, kann nicht behauptet werden. Gewiß, unsere Bewegung macht Fortschritte, aber diese Fortschritte müßten größer sein. Es ist einfach nicht zu verstehen, daß an vielen großen Orten, wo wir eine blühende, emporstrebende Gewerkevereinsorganisation haben, kein Boden für eine Jugendabteilung sein soll. Das kann nur an der Gleichgültigkeit der dortigen Kollegen liegen, die die Bedeutung der Jugend für unsere Bewegung noch nicht begriffen haben. Und diese Gleichgültigkeit äußert sich nach zwei Richtungen: Man versäumt es, die eigenen Kinder für unsere Sache zu interessieren und sie mit denen der anderen zu, einer Jugendabteilung zusammenzuschließen, und dann entziehen sich die Kollegen, die sehr wohl das Zeug dazu haben, der Müheverwaltung, sich um die jungen Menschen zu kümmern, das Amt eines Abteilungsleiters zu übernehmen. Darüber ist schon so oft Klage geführt worden, daß es heute nicht wiederholt zu werden braucht. Aber so geht es nicht weiter. So darf es nicht weitergehen, wenn wir uns nicht den Nachwuchs abschneiden wollen. Heraus aus dieser verdamnten Gleichgültigkeit! Und wenn nächstens an die ein-

zelnen Ortsverbände seitens des Jugendbundes die Mahnung ergeht, zur Gründung einer Jugendabteilung zu schreiten, dann darf das Ansuchen nicht achtlos beiseite gelegt oder auch mit ein paar nichtssagenden freundlichen Worten abgetan werden, nein, dann muß herzlich zugestimmt und frisch Hand ans Werk gelegt werden, damit wir im neuen Jahre an allen größeren Orten eine kräftige, verheißungsvolle Jugendabteilung bekommen. Bei Eifer und gutem Willen ist das sehr wohl möglich.

Ein bedauerliches Hemmnis für die Entwicklung unserer Jugendbewegung ist der Mangel eines regelmäßig erscheinenden Jugendorgans. Die „Sonne“, die bis in die ersten Kriegsmonate hinein ein festes Bindeglied zwischen den Abteilungen bildete und ihre werbende Kraft geltend machen konnte, mußte eingehen, weil durch die Einberufung zu den Fahnen unsere Jugendbewegung schwer getroffen wurde und das Weitererscheinen der Monatschrift unverhältnismäßig hohe Kosten verursacht hätte. Das „Mitteilungsblatt“, das jetzt in zwingiger Folge vom Jugendbund-Ausschuß an die einzelnen Abteilungen versandt wird, ist kein vollwertiger Ersatz. Es bringt nur kurze geschäftliche Mitteilungen; von einer agitatorischen Wirkung kann dabei keine Rede sein. Wäre es möglich, die „Sonne“ wieder regelmäßig alle Monate herauszugeben, so würde, davon sind wir überzeugt, unsere Jugendbewegung plötzlich einen gewaltigen Aufschwung nehmen. Aus allen Zuschriften, die an den Jugendbund-Ausschuß gelangen, spricht die Sehnsucht nach einem Organ und die feine Zuversicht, daß mit einem solchen die Bewegung schnelle Fortschritte machen würde. Fragen wir uns deshalb einmal, ob der Gedanke, die „Sonne“ wieder herauszugeben, sich nicht verwirklichen läßt. Wir sind der Meinung, es müßte geben, wenn überall ein wenig Opfermut vorhanden wäre. Die einzige Schwierigkeit bilden die hohen Druckkosten, die zur Zeit jede Zeitung verursacht. Diese Schwierigkeit ist aber nicht unüberwindlich. Nur der erste Schritt ist schwer. Wenn es möglich wäre, daß die einzelnen Gewerkevereine, je nach ihrer Größe, nur einige hundert Mark für ein Jahr zur Verfügung stellten, dann wäre die Durchführung des Planes gesichert. Jedes Mitglied der Jugendabteilungen erhielte dann zunächst sein Blatt unentgeltlich zugestellt. Es würde aber darauf hingewirkt werden, daß jeder nach einer kurzen Zeit, jaen wir einmal nach einem halben Jahre, pro Vierteljahr 50 Pfg. oder 1 Mk. für das Organ zu zahlen hat, und wir sind der festen Überzeugung, daß in der Gewerkevereinsjugend sowohl Idealismus, sowohl Opfermut vorhanden ist, um aus eigener Kraft das Neugeschaffene erhalten zu wollen. Der Versuch sollte einmal gemacht werden, und wir glauben fest, er wird nicht mißlingen. Der Vorteil aber, der daraus für die ganze Gewerkevereinsbewegung erwächst, wäre so groß, daß die Geldopfer reichlich ausgeglichen werden würden.

Alle berufenen Stellen sollten die hier gemachten Vorschläge, die aus Besprechungen im Jugendbund-Ausschuß hervorgegangen sind, reiflich prüfen und erwägen, ob sie nicht durchzuführen sind. Nur wenn alle Kräfte zusammenwirken, können wir aus unserer Jugendbewegung das machen, was sie für die Gewerkevereinsache sein soll, die Quelle, aus der die Kräfte für unsere Zukunft schöpfen. Dazu ein jeder, soviel er vermag, beitragen!

ärzte, die Behandlung der Säuglinge in den Säuglingsfürsorgestellen. Ebenso ergeht es den Krankenschwestern, wenn sie zur Verbesserung der Krankheitsbekämpfung und der Anwendung neuer Heilmethoden eigene Anstalten einrichten wollen.

Die Kassen verlangen nur Schutz vor den Streit- und Boykottdrohungen der Ärzte. Geldabfindungen — und zwar ausreichende — sollen den Kranken nur bei Arztstreiks gegeben, die jetzige Kassenbehandlung durch Neuorganisation des ärztlichen Dienstes beseitigt werden.

Deutscher Werkmeister-Verband und Afa.

Der Deutsche Werkmeister-Verband ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa-Bund), zwischen seinem Vorstand aber und dem der Afa bestehenden tiefgehende Meinungsverschiedenheiten, die in letzter Zeit zum offenen Konflikt und erregten Auseinandersetzungen in der beiderseitigen Presse und in Flugblättern geführt haben. Daß diese Differenzen erst jetzt plötzlich mit voller Schärfe an die Oberfläche treten, liegt in der Hauptsache wohl daran, daß durch einen Buchdruckerstreik in Düsseldorf die „Deutsche Werkmeister-Zeitung“ mehrere Wochen am Erscheinen verhindert war. Jetzt wendet sich dieses Blatt zunächst gegen die von der Afa verbreitete Behauptung, der Werkmeister-Verband beabsichtige die freigewerkschaftliche Grundlage zu verlassen. Eine derartige Absicht habe in der Zeitung des Werkmeister-Verbandes niemals bestanden. Aus der weiteren Darstellung ergibt sich aber mit aller Deutlichkeit, daß in andern Fragen tief einschneidende Differenzen zwischen beiden Vorständen vorhanden sind, Differenzen die zurückzuführen sind auf die vor der Vorstandskonferenz der Afa gefassten Beschlüsse des Abgeordnetentages des Werkmeister-Verbandes in Gelsenkirchen. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Vorständeninstanzen liegen im wesentlichen in folgendem:

Nach Ansicht des Werkmeister-Verbands-Vorstandes treiben die Beschlüsse der Afa-Vorstandskonferenz in die Parteipolitik. Er selbst kann diese Bestrebungen nicht unterstützen. „Wir wollen keine Parteipolitik treiben, sondern erst die Gewerkschaftsarbeit leisten. Nur so können wir alle Berufscollegen in einem Verband vereinen und ihre Interessen dem Unternehmertum gegenüber vertreten. Die Parteipolitik muß mit Naturnotwendigkeit zur Zerspaltung und damit zur Schwächung führen. Sie ist jeder gewerkschaftlichen Arbeit hinderlich.“

Weiter wendet sich der Vorstand des Werkmeister-Verbandes gegen den Plan der Afa, einen Einheitsverband in der Form eines „Allgemeinen freien Angestelltenverbandes“ zu schaffen. Das Mitteilungsblatt der Geschäftsstelle Dortmund des Deutschen Werkmeister-Verbandes, das während der Zeit des Nichterscheinens der „Werkmeister-Zeitung“ als Sprachrohr des Verbands-Vorstandes benützt wurde, bemerkt dazu:

„Auch diese Bestrebungen müssen wir beurteilen. Gewiß streben wir eine Zentralisation zur Herbeiführung einer größeren Aktionsfähigkeit an, aber nur in der Art, daß dabei die Selbständigkeit des Deutschen Werkmeister-Verbandes voll gewahrt bleibt.“

Der Beruf der Werkmeister und seine Stellung im Produktionsprozeß sind so eigenartig, daß sie nicht so ohne weiteres mit anderen Angestellten-Gruppen verglichen werden können. Dieser Stand erfordert eine besondere Behandlung, die sich naturgemäß auch auf den Verband übertragen muß. Ein Aufgehen in einen Einheitsverband würde daher für die Interessen der Werkmeister sehr gefährlich sein. In wirtschaftlicher Hinsicht kann der Werkmeister den reinen Arbeitnehmerstandpunkt vertreten und zur Durchführung desselben mit anderen Verbänden zusammengehen. Anders liegen aber die Verhältnisse in betriebstechnischer Beziehung, die bei den anderen Angestellten-Gruppen nur eine ganz geringe oder gar keine Rolle spielt. Hier muß der Werkmeister seine Selbständigkeit schon im Interesse der Produktion voll und ganz wahren. Außerdem würde die Schaffung eines Einheitsverbandes, wie er von der Afa gedacht ist, eine Durchbrechung des demokratischen Prinzips bedeuten. Wir ersehen hieraus aber, daß der Deutsche Werkmeister-Verband seine Selbständigkeit zu Gunsten eines Einheitsverbandes im Interesse seiner Mitglieder nicht aufgeben kann. Es muß die Form einer Gemeinschaftsarbeit mit den anderen Verbänden gefunden werden, die diese Selbständigkeit garantiert. Sonst würde der Deutsche Werkmeister-Verband zu Gunsten der anderen Verbände sehr bald an die Wand gedrückt werden.“

Die Vorstandskonferenz der Afa hatte sich außerdem für die Schaffung von Industrie-Gruppen ins Zeug gelegt. Auch davon will die Zeitung des Werkmeister-Verbandes nichts wissen, weil sie darin den ersten Schritt zur Schaffung von Industrieverbänden sieht. Industrieverbände aber würden die Werkmeister bald zur Bedeutungslosigkeit verurteilen. Wohl sollen sich die Fachgruppen zur Vertretung ihrer Interessen zusammenschließen, aber immer nur innerhalb des Berufsverbandes, damit die Einheitlichkeit der Bewegung gewahrt bleibt.

Endlich besteht eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit in der Frage der Mitarbeit in der Reichsarbeitsgemeinschaft. Während der Afa-Vorstand dieser Mitarbeit durchaus ablehnend gegenübersteht, tritt der Vorstand des Werkmeister-Verbandes ebenso entschieden dafür ein. „Wollen wir wirkliche und produktive Gewerkschaftsarbeit leisten, so können wir auf die Mitarbeit in der Reichsarbeitsgemeinschaft nicht verzichten.“

Auch bezüglich der Sozialisierungsfrage geht die Afa dem Werkmeister-Verbande in ihren Forderungen viel zu weit. Man sieht also, daß es um die Einigkeit zwischen beiden recht schlecht bestellt ist. Und in welcher Form werden diese Differenzen ausgetragen! Die „Werkmeister-Zeitung“ weist der Afa nach, daß sie in einem sogenannten „Aufklärungsblatt“ die Tatsachen fälscht, indem sie ausschlaggebende Worte einfach fortläßt. Dabei dürfte das alles erst der Anfang weiterer Auseinandersetzungen sein. Die nächsten Wochen werden sicherlich neue Preßpolemiken bringen. Was aber wird die Folge sein? So weit auseinander strebende Meinungen lassen sich nicht in einer Gemeinschaft zusammenhalten. Es muß zum Bruch

Ärzte und Krankenkassen.

Am 2. Dezember fand in Berlin ein Allgemeiner deutscher Krankenkassentag statt. Die Vertreter der Krankenkassenverbände aller Art, die etwa 15 Millionen Versicherte in sich vereinen, hatten sich zu vielen Hunderten eingefunden; die Organisationen der Arbeitnehmer aller Richtungen hatten Delegierte entsandt, ebenso hatten zahlreiche Behörden und politische Fraktionen sich vertreten lassen. Den einzigen Punkt der Tagesordnung bildete „Die Neuordnung des ärztlichen Dienstes in der Krankenversicherung“. Das einleitende Referat hielt der Geschäftsführer Lehmann-Dresden. Ihm folgte eine sehr eingehende Aussprache, in der die Vertreter der verschiedenen Kassenverbände und Organisationen, darunter auch unser Verbandsvorsitzender Kollege Hartmann, ihre volle Zustimmung zu dem Referat zum Ausdruck brachten und die Kassen ihre Sympathie und Unterstützung im Kampfe mit den Ärzteorganisationen versicherten. Folgende Entschliessung fand einstimmige Annahme:

„Der schon Jahrzehnte währende, in den schroffsten Formen geführte Kampf der Ärzte gegen die Krankenkassen hat in dem im Mai 1920 unter Vertragsbruch eingeleiteten allgemeinen Streik der Ärzte seinen Höhepunkt erreicht. Dieser Kampf schädigt die Volksgesundheit und die Krankenfürsorge aufs schwerste, insbesondere hindert er die allgemeine Einführung der freien ärztlichen Behandlung der versicherungsfreien Familienangehörigen.“

Die wiederholten Versuche der Kassenverbände, durch zentrale Vereinbarungen den Frieden oder wenigstens ein erträgliches Verhältnis mit den Ärzten herzustellen, müssen als endgültig gescheitert angesehen werden. Der Ärzteverband ist nicht vertragsfähig, weil die ihm angeschlossenen Ärztevereinigungen vielfach die Gefolgschaft verweigern. Vertlich erkennen die Ärzte von den Vereinbarungen häufig nur das als bindend an, was für sie günstig ist. Auch der Ärzteverband hält sich nicht an Vereinbarungen oder gibt ihnen eine Auslegung, die mit ihrem Wortlaut und ihrem klaren Sinn nicht zu vereinigen ist. Nach jeder unter den schwierigsten Verhandlungen und unter Drohnungen der Ärzte zustande gekommenen Vereinbarung entstehen den Krankenkassen neue Schwierigkeiten, neue Kämpfe, so daß sie nicht zur Ruhe kommen.

Der Kernpunkt der Arztfrage liegt in der ungleichen Behandlung der Kassen und Ärzte durch das Gesetz. Es legt zwar den Kassen die Verpflichtung auf, ihren Mitgliedern ärztliche Behandlung zu gewähren, setzt sie aber keineswegs in den Stand, diese Leistung auch zu angemessenen Bedingungen zu erlangen. Das Gesetz gibt den Ärzten ein Monopol auf ärztliche Behandlung der Versicherten, überläßt es jedoch dem Ermessen der Ärzte, ob und unter welchen Bedingungen sie für die Kasse tätig sein wollen. Diese Monopolstellung wird von den Ärzten in rücksichtsloser Weise ausgenutzt.

Die heute versammelten Vertreter aller Kassenarten, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, ohne Unterschied der parteipolitischen Stellung, fordern daher nachdrücklichsten Schutz der Kassen durch die Gesetzgebung nach folgenden Grundsätzen:

1. Die Vorzugsstellung der Ärzte muß beseitigt werden. Sobald bei den Kassen die ärztliche Versorgung gefährdet ist, müssen die Kassen ohne weiteres berechtigt sein, an Stelle der ärztlichen Behandlung eine Paraleitung zu gewähren. In Verbindung hiermit ist der § 80 der Reichsgewerbeordnung dahin abzuändern, daß die Ärzte, wenn sie die Behandlung übernehmen, verpflichtet sind, Versicherte zu den Mindestsätzen der amtlichen Gebührenordnung für Ärzte zu behandeln.

2. Zur Verbesserung der Krankenbehandlung muß den Krankenkassen insbesondere die Errichtung von ärztlich geleiteten Behandlungsstellen (Ambulatorien u. dergl.) erleichtert werden.

3. Die Zulassung der Ärzte zur Kassentätigkeit muß nach dem Grundsatz der Bedarfsdeckung geregelt werden. Die Kassen dürfen nicht aus Rücksicht auf ärztliche Erwerbs- und Berufsinteressen gezwungen werden, mehr Ärzte zuzulassen, als zur guten Behandlung der Kranken erforderlich sind. Durch die von dem Ärzteverband geforderte schrankenlose Zulassung der Ärzte zur Kassentätigkeit wird der ungesunde Zudrang zum Arztberufe nur gefördert.

4. Zur Förderung eines gedeihlichen Zusammenwirkens sind Schiedsausschüsse bei den Versicherungsämtern, Schiedsämtern bei den Oberversicherungsämtern und ein Zentralschiedsamt beim Reichsarbeitsministerium zu errichten.

Die geldliche Lage der Kassen ist infolge der gewaltigen Verteuerung aller Fürsorgeleistungen bedrohlich. Da aber die Höhe der Kassenausgaben von den Ärzten ausschlaggebend beeinflusst wird, richtet der Allgemeine Deutsche Krankenkassentag an Reichsregierung und Reichstag die dringende Bitte, die Arztfrage unverzüglich auf obiger Grundlage zu ordnen.“

Natürlich hat diese Kundgebung in den Kreisen der Ärzte einen lebhaften Widerhall gefunden. Den Veranstalter der Tagung und den Rednern sind Entstellungen, Uebertreibungen und mancherlei andere Dinge vorgeworfen worden, ohne daß man allerdings versucht hätte, dafür auch Beweise zu erbringen. Mit Recht bemerken dazu die Krankenkassenhauptverbände, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Ärzten und Krankenkassen nicht durch Pressepolemiken ausgeglichen werden können. Die Erklärungen des Ärztevereinsbundes und des Leipziger Ärzteverbandes, die jetzt durch die Tagespresse gehen, verdienen daher keine Erwiderung. Da darin jedoch behauptet wird, die Ärzte seien auf dem allgemeinen Krankenkassentag verleumdet worden, seien folgende Feststellungen gestattet:

Auf dem Krankenkassentag ist nachgewiesen worden, daß die Ärzteschaft sich jedem Ausbau der sozialen Fürsorge entgegenstellt hat, durch den sie ihre materiellen Interessen bedroht meint.

Sie lehnt die Erweiterung der Krankenversicherungspflicht ab und hat sie im Mai 1920 durch Generalkstreit zu hindern gesucht. Sie verlangt den gesetzlichen Ärztezwang, bevor die Familienkrankenhilfe eingeführt wird. Sie hat die Behandlung Tuberkulöser und Geschlechtskranker in den Fürsorge- und Beratungsstellen durch Dohltatdrohung unterbunden. Mit dem gleichen Mittel verhindert sie die Behandlung der Schulkinder durch Schul-

Arbeiterbewegung.

Carl Legien †. Nach kurzem Krankenlager ist am zweiten Weihnachtsfeiertage Reichstagsabgeordneter Carl Legien, der Vorsitzende des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, noch nicht 60 Jahre alt, gestorben. Der Tod dieses weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannten und angesehenen Arbeiterführers bedeutet einen schweren Verlust nicht nur für die Organisationsrichtung, deren langjähriger Vorsitzender er gewesen ist, sondern — das muß auch der gewerkschaftliche Gegner zugestehen — für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung. Denn das Streben seines arbeits- und erfolgreichen Lebens war einzig und allein darauf gerichtet, die wirtschaftliche und geistige Lage der minderbemittelten Schichten des Volkes zu heben. Diesem Gesichtspunkte mußten sich bei Legien alle andern Rücksichten unterordnen. Deshalb war es auch möglich, in den letzten schweren Jahren die Arbeiterorganisationen der verschiedenen Richtungen zu gemeinsamer Arbeit zusammenzubringen. Dem ruhigen, unparteiischen Auftreten Legiens war es in der Hauptsache zu danken, daß bei dieser Gemeinschaftsarbeit, bei der naturgemäß die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten oft genug die Einigkeit zu sprengen drohten, die Gegensätze ausgeglichen und der schließliche Erfolg gesichert wurde. Was durch diese Gemeinschaftsarbeit für die arbeitende Bevölkerung Deutschlands erreicht worden ist, das objektiv zu beurteilen, wird erst eine spätere, ruhiger denkende Generation imstande sein. Ein Hauptverdienst daran gebührt jedenfalls Carl Legien.

Aber auch wer Gelegenheit hatte, dem Verstorbenen rein menschlich näher zu treten, wird ihm das Zeugnis eines aufrichtigen Charakters und eines trotz scheinbarer Rauheit lebenswürdigen und entgegenkommenden Mannes nicht versagen können. Bei aller Gegenfälligkeit der Grundanschauungen werden auch wir diesem bedeutenden Manne, der Außerordentliches für die Mehrung des Ansehens der deutschen Arbeiterbewegung getan hat, ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Geschäftsführende Ausschuss hat dem Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbunde die Anteilnahme unseres Verbandes in einem Schreiben ausgesprochen.

Der Kongreß des Gewerkschaftsrings hat in der deutschen Presse einen guten Resonanzboden gefunden. Fast allgemein hat man die Bedeutung der Tagung und den Ernst, mit dem die wichtigsten Probleme der Gegenwart dort behandelt worden sind, anerkannt. Wie immer, so gibt es natürlich auch hier Ausnahmen von der Regel, Blätter, die aus ihrer Haut nicht herauskönnen und alles Mögliche zu nörgeln haben. Dazu gehört die „Deutsche Holzarbeiterzeitung“, die in einem Aufsatz „Bürgerliche Gewerkschaftskongresse“ auch den Kongreß des Gewerkschaftsrings bespricht und sich dabei allerlei abfällige Bemerkungen leistet, wobei es ihr natürlich nicht darauf ankommt, auch die Wahrheit einige Male ungebügend.

Die „Holzarbeiterzeitung“ kann zwar nicht leugnen, daß das erste Auftreten des Gewerkschaftsrings sich pompös gestaltet habe. Es seien einige langatmige Resolutionen angenommen worden, aber hinter den Worten stehe keine Macht, sie in Taten umzusetzen.

Nun, was die „langatmigen Resolutionen“ anbelangt, so sollte man doch daran denken, daß nach dieser Richtung die Gewerkschafts- und auch der Betriebsrätekongreß eine Fruchtbarkeit zeigen, an die der Kongreß des Gewerkschaftsrings auch nicht annähernd heranreicht. Und wenn geringschätzig behauptet wird, daß keine Macht hinter den gefaßten Beschlüssen stehe, so sind wir der Meinung, daß die nahezu drei Viertel Millionen Arbeitnehmer, die im Gewerkschaftsring vereinigt sind, durch ihre Geschlossenheit und Einigkeit mehr vermögen als eine numerisch zwar erheblich größere Masse, die innerlich aber durch Parteihader und Parteifanatismus zerrissen ist.

Nur nebenbei sei bemerkt, daß die schon einmal als un wahr gekennzeichnete Behauptung, die Kirch-Dunderischen Gewerkschaften seien „aus dem Parteil mit den christlichen Gewerkschaften hinauskomplimentiert worden“, wiederholt wird. Lügen werden auch nicht zur lauterer Wahrheit, wenn man sie immer von neuem wieder aufsticht. Ebenso „wahrheitsgemäß“ ist die weitere Behauptung, der Kongreß des Gewerkschaftsrings habe seine Spitze mehr oder weniger deutlich gegen die freien Gewerkschaften, den Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund, gerichtet. Der Kongreßteilnehmer möge sich melden, der davon auch nur eine Spur gemerkt hat. Solche Märchen schreibt man eben nur, um von den Wirren im eigenen Lager die Aufmerksamkeit abzulenken. Daß man dadurch das Aufwärtstreben der Arbeitnehmer in der Öffentlichkeit schädigt, das merkt man in seinem blinden Haß nicht. Der Gewerkschaftsring wird sich, unbeirrt durch solche kleinlichen Schätigkeiten, nicht von dem Wege abdrängen lassen, den er selbst als richtig erkannt hat.

Zur Bekämpfung der Streifagitation hat Reichsverkehrsminister Groener an sämtliche Reichsstellen, Generaldirektionen und Eisenbahndirektionen folgendes Telegramm gerichtet:

Der klare und feste Standpunkt der Reichsregierung zur Frage des Beamtenstreiks (siehe Reichsverkehrsminister 24) ist von den Herren Präsidenten mit allem Nachdruck zu vertreten. Hierzu werden folgende Richtlinien gegeben:

1. Mit den Beamtenpflichten unvereinbar ist eine zum Streik treibende Tätigkeit von Beamten usw. in und außer dem Dienst. Die Vorkommnisse beim Kapv-Butsch haben den Beamten vollkommen die Köpfe verwirrt.

2. Streifagitation innerhalb der Dienststunden und Diensträume ist unzulässig. Anschläge an Eisenbahngebäude, die zum Streik auffordern, sind zu verhindern, ebenso die Verteilung von Druckschriften unter der Beamenschaft zum Zweck der Streifagitation.

3. Die geeigneten Mittel zur Bekämpfung des Streikfiehers unter der Beamenschaft sind anzuwenden. Dazu gehört insbesondere Aufklärung über die schweren Folgen von Beamtenstreiks für den einzelnen, für die gesamte Beamenschaft und ihre Stellung im Staate, für den Staatsgedanken, sowie für unsere politische und wirtschaftliche Entwicklung überhaupt.

4. Reichsregierung und Parlament haben die Not der Beamten durch die im Dege...

kommen, entweder zwischen Afa und Werkmeister-Verband, oder aber innerhalb des letzteren. Die zweite Eventualität wäre sehr zu bedauern, denn sie führte zum Zerfall einer im sozialen und wirtschaftlichen Leben bekannten und geachteten Organisation, die eine ehrenvolle Geschichte aufzuweisen hat. Der Arbeitnehmerbewegung wäre damit ein schlechter Dienst erwiesen.

Soziales.

Ein Gesamtumbau der Sozialversicherung wird nach einer amtlichen Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums geplant. An dem Grundsatz der Versicherung soll auch bei der künftigen Gestaltung der sozialen Fürsorge nicht gerüttelt werden. Vor allem gilt es folgende Mängel zu beseitigen: Bei der Entwicklung der Sozialversicherung hat man es nicht vermieden, Unstimmigkeiten, die sich aus der selbständigen Entstehung der einzelnen Versicherungszweige ergeben, zu beseitigen. Die Beziehungen der Träger der vier Versicherungszweige zueinander sind undurchsichtig, ja zum Teil unverständlich und nicht folgerichtig geregelt. Auch wird darüber geklagt, daß es an dem gebotenen Zusammenarbeiten der Träger der vier Versicherungszweige, ja auch der Versicherungszweige derselben Art fehlt.

Im Zusammenhang hiermit, so führt das „Reichsarbeitsblatt“ zu dem Plan weiter aus, steht der große Umfang unserer sozialen Versicherungs-gesetze. Die Reichsversicherungsordnung und das Reichs-gesetz für Angestellte weisen zusammen 2204 Paragraphen auf. Die Gesetze leiden dadurch von vornherein an Unübersichtlichkeit. Außerordentlich gesteigert ist dieser Mangel durch die große Zahl der während des Krieges und danach erlassenen Novellen, so daß jetzt die praktische Handhabung der Gesetze sehr erschwert, ja fast unmöglich gemacht ist.

Vor allem nötig aber der rasche Wandel der Volkswirtschaft und der sozialen Anschauungen infolge des Krieges und der Staatsumwälzung zum Umbau der Sozialversicherung. Mit der allgemeinen Wirtschaft und dem sozialen Bewußtsein ist die Sozialversicherung auf das innigste verwachsen und muß sich ihnen anpassen, wenn sie lebensfähig bleiben soll. Die Sozialversicherung kann bei dem heutigen Tiefstand der finanziellen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands in ihrem Wirken nur erhalten bleiben, wenn sie in möglichst produktivem wirtschaftlichen und insbesondere schadenverhütendem Sinne und vernünftig auch so umgestaltet wird, daß sie trotz der Knappheit der Geldmittel nichts an ihren Segnungen verliert. Die Mitarbeit der Versicherten und ihrer Arbeitgeber, sowie der Ärzte verlangt nach einer Erweiterung und Vertiefung, und man kann diesem gesunden Drängen, vor allem behufs Erreichung eines lebenden Vertrauens die Berechtigung nicht verjagen.

Wenn hiernach unsere Sozialversicherung grundlegender Änderungen bedarf, so ist doch nicht zu verkennen, daß sie segensreich für unser Volk gewirkt hat und daß ihre Grundlagen sich bewährt haben. Wenn Bestehendes geändert wird, so darf es nur nach ernster Prüfung geschehen. Bei dem Umbau wird man von der Änderung, der Vereinheitlichung und Vereinfachung des materiellen Rechts ausgehen müssen und damit die Grundlage für einen organisatorischen Umbau gewinnen.

Um die Änderung des materiellen Rechts vorzubereiten, ist man im Arbeitsministerium — gewissermaßen als Auftakt zum Umbau überhaupt — bereits dazu übergegangen, zunächst die Grundzüge der deutschen Sozialversicherung herauszuschälen und demnächst im Druck erscheinen zu lassen. In dem Werke werden die übereinstimmenden und die abweichenden Vorschriften augenfällig gegenübergestellt und klar ersichtlich gemacht. Diese Bearbeitung wird für alle mit dem Umbau der Sozialversicherung befaßten Personen und Behörden ein erwünschtes Hilfsmittel sein. Sie soll lediglich die Arbeiten zu dem Umbau der Sozialversicherung einleiten, ohne selbst zur Verwahrung der einzelnen Vorschriften ausdrücklich Stellung zu nehmen. Mittelbar wird sie aber schon durch die Gegenüberstellung die Beseitigung mancher Sondervorschriften nahelegen und durch ihren planmäßigen Aufbau auf manche Lücke unserer Gesetzgebung hinweisen. Die Zusammenstellung nimmt auch auf Besonderheiten des mit der Sozialversicherung nahe verwandten Reichsversorgungswesens Rücksicht. Dagegen findet die knappschaftliche Versicherung wegen ihrer außerordentlichen Vielgestaltigkeit und im Hinblick auf ihre geplante Umgestaltung keine Aufnahme. Ebensovornig ist das Verfahren berührt. Seine Gestaltung hängt von dem neuen Aufbau der Versicherungsträger und der Versicherungsbehörden ab und kann daher erst in Angriff genommen werden, wenn dieser Aufbau wenigstens in seinen großen Zügen feststeht.

Die Zusammen- und Gegenüberstellung will also vor allem die technische Möglichkeit einer Vereinheitlichung und Vereinfachung der Sozialversicherung vor Augen führen. Sie wird vielfach auch den Weg zu einer organisatorischen Zusammenlegung ebnen.

Zum Schluß wird darauf hingewiesen, daß sich der große Umbau der deutschen Sozialversicherung selbstverständlich nur in enger Fühlung und Mitarbeit mit den großen Verbänden der Versicherungsträger und allen sonst beteiligten Stellen vollziehen kann. Das Werk „Grundzüge der deutschen Sozialversicherung“ soll bis zum April druckfertig sein. Der Preis wird wahrscheinlich etwa 40 Mark betragen.

Eine Zunahme der Erwerbslosigkeit ist nach den Mitteilungen aus dem Reichsarbeitsministerium für den Monat Dezember zu verzeichnen. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen, die seit dem 15. September in langsamen Rückgang begriffen war, weist danach am 1. Dezember zum ersten Male wieder eine Steigerung auf. An letztgenanntem Tage wurden 276 539 Männer und 73 763 Frauen, insgesamt also 350 292 Personen als Hauptempfänger unterstützt gegen 348 596 am 15. November. Die Zahl der Zuschlagsempfänger, d. h. Familienangehörigen betrug 349 747 gegen 333 961 am 15. November. Von den 350 292 unterstützten Erwerbslosen entfallen etwa die Hälfte, nämlich 174 531 auf Preußen und davon wiederum die Hälfte, nämlich 87 809 auf Groß-Berlin.

Das ganze Glend unserer wirtschaftlichen Lage kommt in diesen Zahlen noch nicht einmal zum Ausdruck. Denn sie enthalten nicht diejenigen, die keine Unterstützung empfangen, und außerdem ist daraus nicht der Umfang derjenigen Kreise zu erkennen, die mit verkürzter Arbeitszeit arbeiten.